

WOLF-GEORG RINGE

Die Sitzverlegung der
Europäischen
Aktiengesellschaft

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

171

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

171

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Wolf-Georg Ringe

Die Sitzverlegung der
Europäischen Aktiengesellschaft

Mohr Siebeck

Wolf-Georg Ringe, geboren 1976; Studium der Rechtswissenschaften in Passau, Lausanne, Bonn und Oxford; Rechtsreferendar am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg und wissenschaftlicher Assistent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg; 2006 Promotion.

ISBN 3-16-149102-5

ISBN-13 978-3-16-149102-3

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

978-3-16-158504-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2006 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist die überarbeitete und aktualisierte Fassung meiner Dissertation, die von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im Wintersemester 2005/2006 angenommen wurde. Rechtsprechung und Literatur sind bis zum 15. Juni 2006 berücksichtigt.

Herzlicher Dank für die Anregung zu dieser Thematik und die Betreuung gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Daniel Zimmer. Darüber hinaus danke ich Herrn Professor Dr. Dres. h.c. Marcus Lutter für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Für finanzielle Unterstützung bin ich der Konrad-Adenauer-Stiftung sehr verbunden, die diese Arbeit durch ein Promotionsstipendium unterstützt hat.

Zum Teil entstand diese Arbeit während meiner Zeit an der University of Oxford. Dort habe ich ausgezeichnete Ratschläge und Betreuung von Professor Daniel Prentice sowie wertvolle Hinweise von Professor Stephen Weatherill erhalten, für die ich mich sehr bedanken möchte. Der Deutsche Akademische Austauschdienst unterstützte diesen Auslandsaufenthalt mit einem überaus großzügigen Postgraduierten-Stipendium.

Sehr dankbar bin ich schließlich Herrn Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt für die herzliche Aufnahme am Hamburger Max-Planck-Institut und die Unterstützung in jeglicher Hinsicht. Für die Arbeit an einem so internationalen Thema wie der Europäischen Aktiengesellschaft war es zudem äußerst nützlich, in der multinationalen Atmosphäre des Instituts wertvolle Anregungen und Diskussionen mit Kollegen und Gästen aus aller Welt zu erfahren. Die Forschungsbedingungen sind an diesem Institut ausgezeichnet.

Herrn Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow und Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann danke ich für die Aufnahme der Dissertation in die Schriftenreihe des Instituts. Zu danken habe ich ferner Frau Ingeborg Stahl vom MPI, die mir bei der Formatierung der Arbeit sehr geholfen hat.

Zuletzt gebührt mein Dank meinen Eltern, meinen Geschwistern und meiner Verlobten, Dorothea Vaerst, für ihre Unterstützung und Fürsorge in jeder Hinsicht.

Hamburg, im Juni 2006

Wolf-Georg Ringe

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
A. Die Bedeutung der Sitzverlegung	1
B. Sitzverlegung und Europäische Union.....	3
C. Die Sitzverlegung der Europäischen Aktiengesellschaft (SE).....	6
D. Folgerungen für den Gang der Untersuchung.....	13
Erster Teil: Die Sitzverlegung der SE und das Internationale Gesellschaftsrecht	15
A. Das Verhältnis der SE-VO zum mitgliedstaatlichen internationalen Gesellschaftsrecht	15
B. Das eigene Gesellschaftskollisionsrecht der SE-VO	19
C. Ergebnis	45
Zweiter Teil: Primärrechtskonformität von Art. 7 Satz 1 SE-VO	47
A. Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit	49
B. Rechtfertigung des Eingriffs	77
C. Ergebnis und Konsequenzen	99
D. Exkurs: Besonderheiten in Gründungstheoriestaaten	100
Dritter Teil: Anwendungsfragen der Sitzverlegung im Einzelnen	103
A. Verfahrensablauf der Sitzverlegung und Schutz von Minderheiten	103
B. Arbeitnehmermitbestimmung	149
C. Steuerrecht und Sitzverlegung	166
D. Gerichtsstand.....	183
Vierter Teil: Die Sitzverlegung der SE außerhalb von Artt. 7, 8 SE-VO.....	193
A. Alleinige Verlegung von Satzungssitz oder Hauptverwaltung.....	193
B. Sitzverlegung innerhalb eines Mitgliedstaates.....	216
C. Sitzverlegung aus der EU heraus	223
Zusammenfassung und Ausblick.....	231
Literaturverzeichnis	235
Materialien.....	265
Entscheidungsverzeichnis.....	268
Sachverzeichnis	270

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
A. Die Bedeutung der Sitzverlegung	1
B. Sitzverlegung und Europäische Union	3
C. Die Sitzverlegung der Europäischen Aktiengesellschaft (SE)	6
D. Folgerungen für den Gang der Untersuchung	13
Erster Teil: Die Sitzverlegung der SE und das Internationale Gesellschaftsrecht	15
A. Das Verhältnis der SE-VO zum mitgliedstaatlichen internationalen Gesellschaftsrecht	15
B. Das eigene Gesellschaftskollisionsrecht der SE-VO	19
I. Statutenwechsel	19
II. Unterschiede zur herkömmlichen Sitzverlegung	20
1. Die Gründungstheorie am Beispiel Großbritanniens	21
2. Die Sitztheorie am Beispiel Deutschlands	26
3. Die Lösung der SE-VO	29
a) Grundsätzliches	29
b) Sitzkoppelung im gleichen Mitgliedstaat	30
c) Sitzkoppelung am gleichen Ort	34
d) Kollisionsrechtliche Einordnung	36
aa) Gründungstheorie	37
bb) Sitztheorie	38
cc) Stellungnahme	39
III. Primat des Sitzstaates	43
C. Ergebnis	45
Zweiter Teil: Primärrechtskonformität von Art. 7 Satz 1 SE-VO	47
A. Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit	49
I. Anwendbarkeit	49
1. Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	49
2. Bereichsausnahme nach Art. 45 Abs. 2 EG ?	55

II.	Reichweite von Artt. 43, 48 EG.....	56
1.	Erkenntnisse aus den Urteilen <i>Überseering</i> und <i>Inspire Art</i>	56
2.	Ausgestaltung durch Sekundärrecht?.....	59
3.	Erkenntnisse aus dem <i>Centros</i> -Urteil.....	61
4.	Heilung durch eine Differenzierung Wegzug/Zuzug?.....	63
a)	Anwendbarkeit der „Daily-Mail-Ausnahme“ auf Art. 7 Satz 1 SE-VO	65
aa)	Vergleichbarkeit	65
bb)	Wegzugsituation	66
cc)	Stellungnahme	66
b)	Hinfälligkeit durch <i>de Lasteyrie du Saillant</i> oder <i>Sevic</i> ?.....	68
c)	Kann die <i>Daily-Mail</i> -Ausnahme aufrecht erhalten werden?	71
III.	Ergebnis	76
B.	Rechtfertigung des Eingriffs	77
I.	Zwingende Gründe des Allgemeininteresses.....	77
1.	Ziel der Sitzkoppelung.....	78
2.	Einordnung als „zwingenden Grund“	83
II.	Verhältnismäßigkeit.....	88
1.	Geeignetheit	88
2.	Erforderlichkeit	90
C.	Ergebnis und Konsequenzen	99
D.	Exkurs: Besonderheiten in Gründungstheoriestaaten	100
Dritter Teil: Anwendungsfragen der Sitzverlegung im Einzelnen		103
A.	Verfahrensablauf der Sitzverlegung und Schutz von Minderheiten	103
I.	Historischer Kontext.....	103
II.	Charakteristika des Verfahrens.....	105
III.	Einzelne geschützte Gruppen	106
1.	Schutz der Gesellschafter.....	106
a)	Mitwirkungsrecht durch den Verlegungsbeschluss.....	107
aa)	Quorum nach Art. 59 Abs. 1 SE-VO.....	109
bb)	Quorum nach Art. 59 Abs. 2 SE-VO.....	112
cc)	Ergebnis	114
b)	Informationsrechte durch Verlegungsplan und -bericht.....	114
aa)	Verlegungsplan	114
bb)	Verlegungsbericht.....	116
c)	Vermögensschutz nach Art. 8 Abs. 5 SE-VO	117

2.	Schutz der Gläubiger.....	122
a)	Informationsschutz durch Verlegungsplan und -bericht.....	123
b)	Vermögensschutz nach Art. 8 Abs. 7, 15, 16 SE-VO.....	123
aa)	Gemeinschaftsrechtlicher Gläubigerschutz.....	123
bb)	Mitgliedstaatlicher Gläubigerschutz nach Art. 8 Abs. 7 Unterabs. 1 SE-VO.....	125
	(1) Gibt Art. 8 Abs. 7 Unterabs. 1 eine Regelungsbefugnis?.....	126
	(2) Erforderlichkeit mitgliedstaatlichen Gläubigerschutzes.....	129
	(3) Grundsätzliche Kritik an § 13 SE-AG.....	131
cc)	Gläubigerschutz nach Art. 8 Abs. 7 Unterabs. 2 SE-VO.....	133
c)	Besonderheiten für spezielle Gläubiger.....	134
aa)	Differenzierung zwischen Vertrags- und Deliktsgläubigern.....	134
bb)	Differenzierung zwischen Privatgläubigern und der öffentlichen Hand.....	135
cc)	Ergebnis.....	136
3.	Schutz der Arbeitnehmer.....	136
4.	Schutz der öffentlichen Interessen des Wegzugsstaates.....	137
IV.	Weitere Schutzmaßnahmen.....	142
1.	Prüfung im Wegzugsstaat.....	143
2.	Prüfung im Zuzugsstaat.....	144
V.	Wirkung der Sitzverlegung.....	147
B.	Arbeitnehmermitbestimmung.....	149
I.	Grundprinzipien der Arbeitnehmermitbestimmung in der SE.....	150
II.	Mitbestimmungsrechtliche Folgen einer Sitzverlegung.....	152
1.	Vorher-Nachher-Prinzip bei Strukturänderungen.....	153
2.	Veränderung von Beteiligungsrechten.....	154
a)	Wechsel monistisches/dualistisches System.....	155
b)	Unterschiedliche Umsetzung der Richtlinie.....	157
c)	Einführung der spanischen Klausel.....	158
d)	Stellungnahme.....	158
3.	Forderung nach Neuverhandlungen in der Literatur.....	160
4.	Umsetzung durch nationale Ausführungsgesetze.....	163
C.	Steuerrecht und Sitzverlegung.....	166
I.	Der geltende Rechtsrahmen für die Besteuerung einer SE-Sitzverlegung.....	167

1.	Anwendbarkeit des nationalen Steuerrechts	168
2.	Wegzugsbesteuerung	169
3.	Wegzugsbesteuerung aus Deutschland	172
II.	Ansätze zur Überwindung des Problems	174
1.	Analoge Anwendung der Fusionsbesteuerungsrichtlinie	174
2.	Teleologische Reduktion von § 12 KStG	177
III.	Reform der Fusionsbesteuerungsrichtlinie	178
IV.	Ergebnis	182
D.	Gerichtsstand	183
I.	Gerichtsstand der SE	183
II.	Gerichtsstandsfiktion aus Anlass der Sitzverlegung	186
1.	Zeitpunkt	186
2.	Wirkung	187
3.	Beispiele	189
4.	Ergebnis	190
III.	Gerichtsstandsregelung de lege ferenda	191
Vierter Teil: Die Sitzverlegung der SE außerhalb von Artt. 7, 8 SE-VO..... 193		
A.	Alleinige Verlegung von Satzungssitz oder Hauptverwaltung	193
I.	Auseinanderfallen von Sitz und Hauptverwaltung	194
II.	Ort der Hauptverwaltung	198
1.	Auslegung des Begriffs „Hauptverwaltung“	199
a)	Lex fori	199
b)	Recht des Sitzstaates	200
c)	Autonome Auslegung	200
aa)	Rechtsprechung und Gemeinschaftsrecht	201
bb)	Literatur	202
cc)	Stellungnahme	204
dd)	Erschwerung durch Internationalität und moderne Kommunikationstechnik	205
ee)	Hauptverwaltung bei einer Holding-SE	206
2.	Beweislast	207
a)	Deutsches Prozessrecht	207
b)	Europäisches Prozessrecht	212
III.	Gerichtszuständigkeiten	213
IV.	Ergebnis	215
B.	Sitzverlegung innerhalb eines Mitgliedstaates	216
I.	Innerstaatliche Sitzverlegung mit Wechsel des anwendbaren Rechts am Beispiel des Vereinigten Königreichs	217

2. Verstoß gegen § 2 SE-AG.....	221
a) Unzulässige Sitzungssitzverlegung	221
b) Unzulässige Verlegung der Hauptverwaltung.....	222
C. Sitzverlegung aus der EU heraus	223
I. Verlegung des Sitzungssitzes.....	223
II. Verlegung der Hauptverwaltung.....	228
III. Ergebnis	229
Zusammenfassung und Ausblick.....	231
Literaturverzeichnis	235
Materialien.....	265
Entscheidungsverzeichnis.....	268
Sachverzeichnis	270

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen; Ausgabe L: Rechtsvorschriften)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AE	Association Européenne, Europäischer Verein
AE-VOV	Geänderter Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über das Statut des Europäischen Vereins vom 6.7.1993, ABl. EG 1993 Nr. C 236, S. 1
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Die Aktiengesellschaft – Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen/Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
Am J Int L	The American Journal of International Law
Anh.	Anhang
AO	Abgabenordnung
ArbVG	(österreichisches) Arbeitsverfassungsgesetz
Art.	Artikel
ASA	Archiv für schweizerisches Abgabenrecht
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater – Zeitschrift für Recht und Wirtschaft
BC	Bilanzbuchhalter und Controller
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDB	Bundesverband deutscher Banken
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
Begr.	Begründung
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BI	Il bollettino dell'internazionalizzazione (Italien)
BIFD	Bulletin for International Fiscal Documentation
BMF	Bundesministerium der Finanzen

BMJ	Bundesministerium der Justiz
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BuW	Betrieb und Wirtschaft
bzw.	beziehungsweise
CA 1985	Companies Act 1985
CLJ	The Cambridge Law Journal (Vereinigtes Königreich)
CMLR	Common Market Law Review
Col J Eur L	Columbia Journal of European Law
DAI	Deutsches Aktieninstitut
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb
dens.	denselben
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe, dieselben
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DiskE	Diskussionsentwurf
Diss.	Dissertation
DNotV	Deutscher Notarverein
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Dok.	Dokument
Dr. sociétés	Droit des sociétés (Revue mensuelle du JurisClasseur) (Frankreich)
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DTI	Department of Trade and Industry (englisches Wirtschaftsministerium)
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
E	Entwurf
E-1970	SE-Verordnungsvorschlag vom 30.6.1970
E-1975	Geänderter SE-Verordnungsvorschlag vom 30.4.1975
E- 1989	SE-Verordnungsvorschlag vom 25.8.1989
E-1991	Geänderter SE-Vorschlag vom 16.5.1991
EBLR	European Business Law Review
EBOR	European Business Organization Law Review
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECL	European Company Law (Zeitschrift)
ecolex	ecolex, Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht (Österreich)
EG	Europäische Gemeinschaft/Vertrag über die Europäische Gemeinschaft i. d. Fassung durch den Änderungsvertrag von Nizza
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
Einl.	Einleitung
ELRev	European Law Review
endg.	endgültig
EPG	Europäische Privatgesellschaft
ERPL	European Review of Private Law
ERT	Europarättslig Tidskrift (Schweden)
EStG	Einkommensteuergesetz
ET	European Taxation
EU	Europäische Union

EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22.12.2000, ABl. EG 2001 Nr. L 12, S. 1.
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968, in der Fassung durch das 4. Beitrittsübereinkommen, ABl. EG 1998 Nr. L 27, S. 3.
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren, ABl. EG 2000 Nr. L 160, S. 1.
EuIÜ	Entwurf eines Europäischen Insolvenzübereinkommens vom 23.11.1995, abgedruckt in ZIP 1996, 976 ff.
EuLF	The European Legal Forum (English Language Edition)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWRA	Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
FA 1988	Finance Act 1988
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	folgende (Pl.)
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FTD	Financial Times Deutschland
GA	Generalanwalt
GB SE-AG	European Public Limited-Liability Company Regulations 2004, Statutory Instrument 2004 No. 2326 (britisches Ausführungsgesetz zur SE-VO vom 6.9.2004)
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
GeS	Zeitschrift für Gesellschafts- und Steuerrecht (Österreich)
GesRÄG	österreichisches Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz, öBGBl. I 67/2004
GesRZ	Der Gesellschafter – Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht (Österreich)
GG	Grundgesetz
GJ	Gaceta Jurídica de la Unión Europea y de la Competencia (Spanien)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GmbH-StB	Der GmbH-Steuer-Berater
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GS	Gedächtnisschrift
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
HLG	High Level Group

Hrsg.	Herausgeber
ICCLJ	International and Comparative Corporate Law Journal
ICCLR	International Company and Commercial Law Review
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IFLR	International Financial Law Review
IJCLLIR	International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations
ILJ	Industrial Law Journal (Vereinigtes Königreich)
insb.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IRJ	Industrial Relations Journal (Vereinigtes Königreich)
IStR	Internationales Steuerrecht
ITPJ	International Transfer Pricing Journal
i.V. mit	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe
JBL	Journal of Business Law (Vereinigtes Königreich)
JCP E	La Semaine Juridique – Édition Entreprise et Affaires (Frankreich)
JCP G	La Semaine Juridique – Édition Générale (Frankreich)
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
KB	Law Reports King's Bench Division
KG	Kammergericht
KStG	Körperschaftsteuergesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
LI SE-AG	Liechtensteinisches SE-Ausführungsgesetz (Vernehmlassungsbericht)
Lit.	Literatur
lit.	litera
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring
LQR	The Law Quarterly Review (Vereinigtes Königreich)
LS	Leitsatz
LSG	Law Society's Gazette
Ltd	private limited company
LugÜ	Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen vom 16.9.1988, BGBl. 1994 II, S. 2660
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MünchKommAktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MünchKommBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NL	Niederlande, niederländisch
NL RegE	Niederländischer Regierungsentwurf für ein SE-Ausführungsgesetz vom 21.11.2003

NL SE-AG	Niederländisches SE-Ausführungsgesetz zur SE-VO vom 17.3.2005: Uitvoeringswet verordening Europese vennootschap, Staatsblad 2005, 150
notar	Notar, Zeitschrift des Deutschen Notarvereins
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
ö	österreichisch
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rat-VO	Geänderter Vorschlag des Rates für eine Verordnung über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) vom 28.5.1998, Dok. Nr. 8772/98
RdA	Recht der Arbeit
RDM	Revista de Derecho Mercantil (Spanien)
RdS	Revista Aranzadi de Derecho de Sociedades (Spanien)
RdW	Recht der Wirtschaft (Österreich)
REE	Revista de Estudios Europeos (Spanien)
RefE	Referentenentwurf
Reg.Begr.	Regierungsbegründung
RegE	Regierungsentwurf
Rev. crit. DIP	Revue critique du droit international privé (Frankreich)
Rev. sociétés	Revue des Sociétés (Frankreich)
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RL	Richtlinie
Riv. Società	Rivista delle Società (Italien)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rs.	Rechtsache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
SCE	Societas Cooperativa Europaea, Europäische Genossenschaft
SCE-VO	Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates über das Statut der Europäischen Genossenschaft vom 22. Juli 2003, ABl. EG 2003 Nr. L 207, S. 1
SE	Societas Europaea, Europäische Gesellschaft
SE-AG	SE-Ausführungsgesetz
SEEG	Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft
SEG	(österreichisches) Gesetz über das Statut der Europäischen Gesellschaft (Societas Europaea – SE) – SE-Gesetz (Art. 1 des GesRÄG)
SE-RL	Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer, ABl. EG 2001 Nr. L 294, S. 22

SE-VO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), ABl. EG 2001 Nr. L 294, S. 1
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften
SME	Société Mutuelle Européenne, Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft
SME-VOV	Geänderter Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über das Statut der Europäischen Gegenseitigkeitsgesellschaft vom 6.7. 1993, ABl. EG 1993 Nr. C 236, S. 40
StuB	Steuern und Bilanzen
StuW	Steuer und Wirtschaft
SWI	Steuer & Wirtschaft International (Österreich)
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
TNI	Tax Notes International
u. a.	und andere, unter anderem
UfR	Ugeskrift for Retsvæsen
Unterabs.	Unterabsatz
UmwG	Umwandlungsgesetz
v.	von, vom
VE-1966	Vorentwurf eines Statuts für eine europäische Aktiengesellschaft von Professor Dr. Pieter Sanders, Dezember 1966
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
wbl	wirtschaftsrechtliche blätter, Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht (Österreich)
WM	Wertpapiermitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
YEL	Yearbook of European Law
Z	Ziffer
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht (Österreich)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSt	Zeitschrift zum Stiftungswesen
ZvglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

A. Die Bedeutung der Sitzverlegung

Es ist ein lang gehegter Traum von Gesellschaften, ihren Sitz vom einen in den anderen Staat verlegen zu können, ohne negative Konsequenzen rechtlicher oder fiskalischer Art fürchten zu müssen. Was sind die Gründe für diesen Wunsch nach Mobilität im internationalen Bereich? Hier lassen sich vielfältige Motivationen aufzählen. Vergewöhnlich man sich als Ziel jeglicher unternehmerischen Tätigkeit die Gewinnmaximierung, so liegt es auf der Hand, dass ein Unternehmen in erster Linie aus ökonomischen Gründen seinen Sitz dorthin verlegen wird, wo es die für den eigenen Unternehmensgegenstand günstigste Relation von Produktionsfaktoren, Infrastruktur und Absatzmarkt antrifft. Weiterhin sind oft verwaltungstechnische oder steuerliche Gründe für eine Sitzverlegung ausschlaggebend. Eine Sitzverlegung kann ferner in Betracht kommen, wenn sich beispielsweise der Unternehmensgegenstand geändert hat und für die neue Tätigkeit des Unternehmens ein anderer Markt geeigneter erscheint, oder wenn aus anderen Gründen Nähe zu einem bestimmten Markt gesucht werden soll¹. Diese Ziele werden insbesondere nach einer Unternehmensrestrukturierung in Betracht kommen. Schließlich ist es denkbar, dass aus politischen oder strategischen Gründen Unternehmen verlegt werden sollen, etwa um eine gefährdete Krisenregion zu verlassen.

Neben diesen standortbezogenen Rahmenbedingungen wird als zweiter wichtiger Faktor das auf die Gesellschaft anwendbare Gesellschaftsrecht als Motivation für eine bestimmte Sitzwahl genannt². Trotz der innerhalb der Europäischen Union erfolgten Harmonisierung großer Teile des Gesellschaftsrechts³ divergieren die nationalen Gesellschaftsrechtssysteme

¹ *Buchheim*, Europäische Aktiengesellschaft und grenzüberschreitende Konzernverschmelzung (2001), S. 167, 277.

² *Grundmann*, Europäisches Gesellschaftsrecht (2004), Rn. 815. Ausführlich *Bebchuk/Cohen*, Firms' Decisions Where to Incorporate, Harvard Law School Discussion Paper no. 351 (2002), <www.law.harvard.edu/programs/olin_center/papers/pdf/351.pdf>(zuletzt eingesehen am 15.6.2006).

³ Dazu vertiefend *Schwarz*, Europäisches Gesellschaftsrecht (2000), S. 167 ff.; *Habersack*, Europäisches Gesellschaftsrecht (2. Aufl. 2003), Rn. 45 ff.; *Werlauff*, EU Company Law (2003), S. 75 ff.; *Kübler*, Col J Eur L 11 (2005), 219 (222 ff.).

noch immer erheblich. Die Unterschiede zwischen den Rechtsordnungen sind offensichtlich gravierend genug, um als Wettbewerbsfaktor in den Überlegungen zur Sitzwahl einer Gesellschaft eine Rolle zu spielen⁴.

Besonders ins Blickfeld einer öffentlichen Diskussion sind in den letzten Jahren Sitzverlegungen geraten, bei denen die rechtlichen Rahmenbedingungen eines unternehmensfreundlichen Staates zur Gründung ausgenutzt wurden, die Tätigkeit des Unternehmens aber in einem anderen Staat ausgeübt wurde⁵. Inwieweit diese Motivation lauter ist, wird noch auszuloten sein.

Der Beantwortung der Frage, welcher Staat die besten Möglichkeiten bietet, die eigenen Unternehmensziele zu realisieren, muss sich jedes Unternehmen auf Grund einer ständigen Änderung der o. g. Rahmenbedingungen immer wieder selbst neu stellen. Steht fest, dass dies ein anderer als der gegenwärtige Sitzstaat ist, wird das Unternehmen in aller Regel einen „Umzug“ anstreben; die Gründung einer Zweigniederlassung wird in aller Regel in einem solchen Fall nicht ausreichen. Neben Imagefaktoren und den Kosten der Sitzverlegung können dabei auch rechtliche Gesichtspunkte ein Hindernis bilden: Eine identitätswahrende Sitzverlegung ist nach allgemeiner Meinung nur dann möglich, wenn sowohl Wegzugs- als auch Zuzugsstaat diese rechtlich zulassen⁶. Dazu sind aber die meisten Staaten nicht uneingeschränkt bereit. Viele Rechtssysteme beschränken die Mobilität umzugswilliger Unternehmen. Beispielsweise wird ein Zuzug ausländischer Gesellschaften zum Schutz des nationalen Rechtsverkehrs vor unbekanntem ausländischen Rechtsformen abgelehnt⁷, oder wegzugswilligen Unternehmen werden aus fiskalischen Gründen Steine in den Weg gelegt⁸. Der letztere Punkt beruht unter anderem auf der Tatsache, dass die meisten Staaten das so genannte *world-wide taxation* System haben, wonach eine Gesellschaft ihre weltweit erzielten Profite am Ort ihrer

⁴ In letzter Zeit scheint das englische Gesellschaftsrecht in Europa eine gewisse Anziehungskraft gewonnen zu haben, vgl. dazu „Take it easy – Die britische Rechtsform bietet deutschen Firmen neue Chancen“, *Die Zeit* v. 12.2.2004, S. 22; „Berliner Friseur mit Firmensitz London“, *Handelsblatt* v. 30.7.2004, S. 3.

⁵ Derartige Fälle sind insbesondere durch die EuGH-Entscheidungen in Sachen *Centros* (C-212/97 v. 9.3.1999, Slg. 1999, I-1459) und *Inspire Art* (C-167/01 v. 30.9.2003, Slg. 2003, I-10155) bekannt geworden.

⁶ Zimmer, *Internationales Gesellschaftsrecht* (1996), S. 199; *Kegel/Schurig*, IPR (9. Aufl. 2004), S. 581 m.w.N.

⁷ So die frühere deutsche „Sitztheorie“, vgl. BGH v. 21.3.1986, V ZR 10/85, BGHZ 97, 269 (271).

⁸ Diesen Weg ging das britische Steuerrecht, vgl. dazu den Fall *Daily Mail* (EuGH v. 27.9.1988, Rs. 81/87, Slg. 1988, 5483).

steuerlichen Veranlagung versteuert⁹. Deshalb ist es für Staaten essenziell wichtig, dass Unternehmen weiterhin im Inland steuerpflichtig bleiben.

Die genannten Wegzugs- und Zuzugshindernisse operieren auf zwei Ebenen, und zwar dem Kollisions- und dem Sachrecht. Kollisionsrechtlich streiten formal nach wie vor Sitz- und Gründungstheorie um die Vorherrschaft in Europa. Beide bemessen das auf ein Unternehmen anwendbare Recht (das „Gesellschaftsstatut“) nach unterschiedlichen Kriterien, was bei einer grenzüberschreitenden Sitzverlegung zu Rechtsproblemen führen kann. Materiellrechtliche Wegzugshindernisse können beispielsweise aus dem Steuerrecht herrühren.

B. Sitzverlegung und Europäische Union

Der skizzierte Interessenkonflikt der von einer Sitzverlegung betroffenen Staaten wird von den Zielsetzungen der Europäischen Union überlagert. Der innerhalb der Europäischen Union aufgebaute Binnenmarkt hat gemäß Art. 14 Abs. 2 EG einen Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen mit u. a. freiem Personenverkehr zum Ziel. Der freie Personenverkehr umfasst die Arbeitnehmerfreizügigkeit und das Recht der freien Niederlassung für natürliche und juristische Personen¹⁰. Zweck des Binnenmarktes ist es demnach, dass sich Unternehmen möglichst so wie in einem nationalen Markt bewegen können¹¹. Ein Kernbereich des Binnenmarktes ist folglich die Niederlassungsfreiheit, die für Unternehmen in Art. 43, 48 EG garantiert wird und neben der freien Wahl von satzungsmäßigem Sitz, Hauptverwaltung und Hauptniederlassung („primäre Niederlassungsfreiheit“) auch das Recht zur Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften umfasst („sekundäre Niederlassungsfreiheit“). Die oben angesprochenen Schutzmechanismen der Mitgliedstaaten, die – wie die frühere deutsche Sitztheorie¹² oder das britische Steuerrecht¹³ – einen Wegzug und Zuzug von Unternehmen verhindern sollen, stehen dazu in einem Spannungsverhältnis.

Diese Problematik sollte in der Europäischen Gemeinschaft zunächst auf legislative Weise gelöst werden. Gestützt auf den damaligen Art. 220

⁹ *Tavares Da Costa/de Meester Bilreiro*, *The European Company Statute* (2003), S. 51.

¹⁰ *Schlag*, in: *Schwarze*, *EU-Kommentar* (2000), Art. 43 Rn. 1; *Ebert*, *EBLR* 2003, 183 (184 Fn. 4).

¹¹ *Drury*, *ELRev* 24 (1999), 354 (355); *Schwarz*, *Europäisches Gesellschaftsrecht* (2000), Rn. 107; *Mülbart/Schmolke*, *ZVglRWiss* 100 (2001), 233 (238). Vgl. *Gleichmann*, *ZHR* 149 (1985), 633 (647) zur EWIV.

¹² *BGH v. 21.3.1986*, *V ZR* 10/85, *BGHZ* 97, 269 (271).

¹³ Section 482 (1) *Income and Corporation Taxes Act 1970*, dazu unten S. 24 f.

EGV (heute Art. 293 Abs. 3 EG) arbeiteten die damaligen Mitgliedstaaten ein Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen¹⁴ aus, das am 29.2.1968 in Brüssel unterzeichnet wurde. Wegen fehlender Ratifizierung in den Niederlanden trat dieses Vertragswerk jedoch nie in Kraft. Nachdem die Kommission 1992 eine Untersuchung durchführen ließ, veröffentlichte sie 1993 den so genannten „KPMG-Bericht“¹⁵ zu diesem Thema. Dieser Bericht untersuchte die praktischen und juristischen Argumente für und wider die Möglichkeit von Gesellschaften, ihre Hauptverwaltung innerhalb der EG zu verlegen, und kam zu dem Ergebnis, dass Art. 58 EGV (heute Art. 48 EG) „dahin auszulegen [ist], daß eine Gesellschaft ihre Primärniederlassung aus einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat ohne Änderung des für sie geltenden Rechts verlegen kann.“¹⁶ Jedoch sollte dies stets unter dem Vorbehalt stehen, dass Mitgliedstaaten gerechtfertigte Schutzmaßnahmen zu Gunsten von Minderheiten ergreifen können. Am 22.4.1997 schließlich erarbeitete die Kommission einen Vorentwurf für eine Sitzverlegungsrichtlinie¹⁷. Dieses Dokument ist zunächst nicht über das Stadium der Beratung hinaus gelangt. Erst im Anschluss an das *Überseering*-Urteil wurde wieder verstärkt für ein Weiterverfolgen des Richtlinienprojekts eingetreten¹⁸. Im Februar 2004 startete die Kommission

¹⁴ BGBl. 1972 II, S. 370; abgedruckt bei *Großfeld*, in: Staudinger, IntGesR (Neubearbeitung 1998) Rn. 138 ff. Siehe dazu *Drobnig*, ZHR 129 (1967), 93 ff.; *Timmermans*, *RabelsZ* 48 (1984), 1 (39 f.); *Velasco San Pedro/Sánchez Felipe*, *RdS* 19 (2002), 15 (20 f.); *Ballarino*, *Rev. crit. DIP* 92 (2003), 373 (375).

¹⁵ *Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, Studie über die Verlegung des Sitzes einer Gesellschaft von einem Mitgliedstaat in einen anderen, durchgeführt von KPMG European Business Centre, Brüssel (1993). Dazu insb. *Bellingwout*, *RIW* 1997, 550; *Drury*, *ELRev* 24 (1999), 354 (360 ff.); *Engsig Sørensen/Neville*, *Col J Eur L* 6 (2000), 181 (194 f.).

¹⁶ KPMG-Bericht (o. Fn. 15), S. 16. Als „Primärniederlassung“ will der Bericht ausdrücklich weder Gründungs- noch Registerort, sondern den „tatsächlichen Sitz“ verstehen.

¹⁷ „Vorschlag für eine Vierzehnte Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verlegung des Sitzes einer Gesellschaft in einen anderen Mitgliedstaat mit Wechsel des für die Gesellschaft maßgebenden Rechts“, Dokument KOM XV/6002/97, abgedruckt in *ZIP* 1997, 1721 ff.

¹⁸ *Zimmer*, *FAZ* v. 3.4.2003, S. 14; *Timmermans*, *Neue Rechtsprechung des Gerichtshofs der EG zum Europäischen Gesellschaftsrecht* (2003), S. 17; *Geyrhalter/Gänßler*, *NZG* 2003, 409 (414, Fn. 54); *Leible/Hoffmann*, *RIW* 2002, 925 (933); *Lutter*, zitiert nach *Handelsblatt* v. 14.5.2003, S. R2; *Bundesregierung*, Stellungnahme zu dem Konsultationspapier der Hochrangigen Expertengruppe auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts „Moderne gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen in Europa“, Juni 2002, Antwort zu Frage 24 <www.rws-verlag.de/volltext-2002/02lutter3.htm> (zuletzt eingesehen am 15.6.2006). Vgl. auch *Fleischer*, *AcP* 204 (2004), 502 (521); *Rammeloo*, *MJ* 11 (2004), 379 (412); *Eidenmüller*, *FS Heldrich* (2005), 581 (589 f.).

schließlich eine Online-Konsultation zur Vorbereitung eines neuen Sitzverlegungsrichtlinienentwurfs¹⁹. Ein neuer offizieller Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission wird demnächst erwartet²⁰.

Da die Gesetzgebungsversuche lange zu keinem Ziel führten, musste die Rechtsprechung eigene Regeln für die Sitzverlegungsproblematik entwickeln. In den letzten Jahrzehnten hat sich der EuGH als „Wächter der Verträge“ wiederholt mit der Vereinbarkeit nationaler Schutzregelungen mit der Niederlassungsfreiheit beschäftigt. Während er in einem obiter dictum im Urteil *Daily Mail*²¹ zunächst konstatierte, derartige Schutzmechanismen könnten beim derzeitigen Stand des Gemeinschaftsrechts nicht an den Grundfreiheiten gemessen werden, zog er im *Centros*-Urteil²² diese These wieder in Zweifel. Einen vorläufigen Schlusspunkt setzte der Gerichtshof mit den Urteilen *Überseering*²³ vom 5.11.2002 und *Inspire Art*²⁴ vom 30.9.2003, in denen er seine bisherige Rechtsprechung zusammenfasste und präziserte. Diese hier angesprochenen Urteile werden später noch ausführlich dargestellt²⁵. Vorab lassen sich jedoch folgende Ergebnisse festhalten:

- Regelungen, die den *Zuzug* einer ausländischen Gesellschaft aus einem anderen Mitgliedstaat erschweren, behindern oder unmöglich machen, verstoßen gegen die Niederlassungsfreiheit und sind daher nicht anwendbar.
- Regelungen, die den *Wegzug* einer inländischen Gesellschaft in einen anderen Mitgliedstaat erschweren, sind dagegen zulässig; ein Mitgliedstaat hat das Recht, die „Geschöpfe seines eigenen Rechts“ so zu behandeln, wie es ihm sinnvoll erscheint.

Gerade diese Ergebnisse zeigen, dass das Problem der Sitzverlegung damit noch immer nicht befriedigend gelöst ist²⁶. Wenn Wegzugshindernisse nicht an der Niederlassungsfreiheit gemessen werden können, verbleiben weiterhin erhebliche Lücken bei dem Versuch, europaweite Mobilität zu

¹⁹ <http://ec.europa.eu/internal_market/company/seat-transfer/2004-consult_de.htm> sowie <http://ec.europa.eu/yourvoice/results/transfer/index_de.htm> (zuletzt eingesehen am 15.6.2006).

²⁰ *Wiesner*, DB 2005, 91 (93).

²¹ EuGH v. 27.9.1988, Rs. 81/87, *Daily Mail*, Slg. 1988, 5483.

²² EuGH v. 9.3.1999, Rs. C-212/97, *Centros*, Slg. 1999, I-1459.

²³ EuGH v. 5.11.2002, Rs. C-208/00, *Überseering*, Slg. 2002, I-9919.

²⁴ EuGH v. 30.9.2003, Rs. C-167/01, *Inspire Art*, Slg. 2003, I-10155.

²⁵ Die Darstellung erfolgt im Zusammenhang, in dem die genannten Urteile für die hier zu bearbeitende Problematik der SE relevant werden. Siehe daher zum *Daily Mail*-Urteil unten S. 63, zu *Centros* S. 61 f., zu *Überseering* S. 56 f., zu *Inspire Art* S. 84 f. Die Anwendbarkeit der Urteile *de Lasteyrie du Saillant* und *Sevic* wird auf S. 68 f. behandelt.

²⁶ *Drygala*, EWIR 2003, 1029 (1030).

garantieren. Einem umzugswilligen Unternehmen ist wenig dadurch gedient, dass der beabsichtigte Zielstaat der Sitzverlegung ihm keine Hindernisse in den Weg legen darf, wenn sein eigener Sitzstaat, den es verlassen will, ungehindert die Auflösung der Gesellschaft verlangen oder ihr auferlegen kann, alle stillen Reserven aufzudecken.

Vorerst allerdings muss dieser von vielen als unbefriedigend empfundene Zustand der europäischen Mobilität²⁷ wohl als „Status quo“ der Rechtsprechung des EuGH hingenommen werden.

C. Die Sitzverlegung der Europäischen Aktiengesellschaft (SE)

Die Sitzverlegungsproblematik hat durch die Einführung einer neuen supranationalen Rechtsform eine neue Dimension erhalten. Am 8. Oktober 2001 hat der Rat der Europäischen Union eine Verordnung über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft erlassen²⁸. Parallel dazu erging eine Richtlinie, die die Beteiligung der Arbeitnehmer regelt²⁹. Seit Ende 2004 können europäische Unternehmen diese neue Rechtsform nutzen³⁰. Nach anfänglicher Skepsis nutzen mehr und mehr Unternehmen diese neue Rechtsform³¹.

Die Verabschiedung dieser beiden Regelwerke setzt einen Schlusspunkt unter die fast 30jährige Diskussion, die um diese europäische Rechtsform geführt wurde. Die Europäische Aktiengesellschaft, die auch als „Societas Europaea“ (SE) bezeichnet wird, soll der Verwirklichung des

²⁷ Vor allem die Differenzierung nach Wegzug/Zuzug wird als systemfremd empfunden, vgl. *Eidenmüller*, ZIP 2002, 2233 (2243); *Leible/Hoffmann*, RIW 2002, 925 (935); *W.-H. Roth*, IPRax 2003, 117 (121 f.); *Ebke*, JZ 2003, 927 (932); *Großrichter*, DStR 2003, 159 (164 f.); v. *Halen*, WM 2003, 571 (574 f.); *Wertenbruch*, NZG 2003, 618 (619 f.); *Wymeersch*, FLI Working Paper 2003-03, 16; *Zimmer*, BB 2003, 1 (3); *Baudenbacher/Buschle*, IPRax 2004, 26 (28). Auch GA *Colomer* hatte sich gegen eine solche Lösung ausgesprochen, vgl. Schlussanträge v. 4.12.2001 zu EuGH, Rs. C-208/00, *Überseering*, Slg. 2002, I-9922 (9928 f. Rn. 26, 9932 Rn. 37).

²⁸ Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates über das Statut der Europäischen Gesellschaft, ABl. EG 2001 Nr. L 294, S. 1. Der offizielle Name lautet „*Europäische Gesellschaft*“; die Bezeichnung „*Europäische Aktiengesellschaft*“ hat sich jedoch eingebürgert und soll auch hier verwendet werden (vgl. auch Erwägungsgrund 8 und Art. 1 Abs. 1 SE-VO).

²⁹ Richtlinie 2001/86/EG des Rates zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer, ABl. EG 2001 Nr. L 294, S. 22.

³⁰ Bis zum 8.10.2004 war die Richtlinie umzusetzen, und an diesem Tag trat auch die Verordnung in Kraft, vgl. Art. 70 SE-VO, Art. 14 Abs. 1 SE-RL.

³¹ Über erste praktische Erfahrungen berichten u.a. *Skøie Mørkve*, EBLR 2005, 353; *Wagner*, EWS 2005, 545 ff. Vgl. auch Handelsblatt v. 24.10.2005, S. 11 und v. 15.2.2006, S. 18 sowie FAZ v. 5.4.2006, S. 23.

Binnenmarkts dienen und Unternehmen, deren Tätigkeit sich nicht auf die Befriedigung rein örtlicher Bedürfnisse beschränkt, ermöglichen, die Neuordnung ihrer Tätigkeiten auf Gemeinschaftsebene zu planen und zu betreiben. Daher soll es diesen Unternehmen möglich sein, sich als Unternehmen „europäischen Rechts“ zu restrukturieren und aufzutreten.

Ein besonderes Anliegen des Europäischen Gesetzgebers war es, mit der SE auch ein Instrument zu schaffen, um das leidige Problem der Sitzverlegung zu überwinden³². Eine Gesellschaftsform europäischen Rechts wie die SE scheint dafür wie geschaffen: Eine europaweit einheitliche Gesellschaft muss in der Lage sein, innerhalb des Binnenmarktes ihren Sitz zu verlegen und die Schutzmechanismen der nationalen Rechtsordnungen – die letztlich nur Abwehrmechanismen gegen unbekannte Rechtsgebilde sind – zu überwinden³³. Die Sitzverlegungsmöglichkeit bei der SE ist für Unternehmen eine attraktive Eigenschaft, die auch bei der Entscheidung für oder gegen diese Rechtsform erwogen und beachtet wird³⁴.

Um eine Stellungnahme im Streit um das richtige Anknüpfungskriterium zu vermeiden, bestimmt Art. 7 der Verordnung über das Statut der SE (im Folgenden: „SE-VO“), dass sich der Satzungssitz der SE und der Ort der Hauptverwaltung immer im gleichen Mitgliedstaat befinden müssen. Art. 8 SE-VO legt den Verfahrensablauf einer Sitzverlegung fest und versucht, einen Ausgleich zwischen den Interessen der von der Sitzverlegung betroffenen Dritten nach Sicherheit und dem Bedürfnis der Gesellschaft nach zügiger Durchführung der Verlegung zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund ist die Neuregelung der Sitzverlegung in Artt. 7, 8 SE-VO zu verstehen. Die SE als supranationale Rechtsform der Europäischen Union ist ebenfalls Element des Binnenmarktes und symbolisiert als jedenfalls hauptsächlich einheitliche europäische Rechtsform den gemeinsamen europäischen Markt. Als Instrument dieses europäischen Marktes wäre die SE eine Farce, wenn es ihr nicht möglich wäre, innerhalb

³² Vgl. Erwägungsgründe 24 und 25 zur SE-VO sowie die ausführliche Regelung in Art. 8 SE-VO. Zur Einordnung der SE in die Zielsetzungen des EGV vgl. *Wenz*, Die Societas Europaea (1993), S. 35 ff.; *Miola*, Riv. Società 2003, 322 (348 ff.). *Blanquet*, ZGR 2002, 20 (42), spricht von der Sitzverlegung als dem „Rückgrat“ der SE. Auch *Kallmeyer*, AG 1998, 88, *Torggler*, ecolex 2001, 442 (446), *de Navacelle*, Col J Eur L 9 (2002), 199 (200), und *Werlauff*, SE – The Law of the European Company (2003), S. 119, heben ihre Bedeutung hervor. Es wird sogar berichtet, dass in den 60er Jahren beabsichtigt war, die SE auf der Grundlage von Art. 220 EGV (heute Art. 293 EG) zu erlassen, siehe *Burnside*, Company Lawyer 1991, 216 (216 f.). Diese Vorschrift ermächtigt zu einem Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten, der Sitzverlegung und Anerkennung von Gesellschaften erleichtert.

³³ *Fleischer*, AcP 204 (2004), 502 (519).

³⁴ Vgl. das Interview von *Adams* auf Manager-Magazin online vom 12.9.2005 zur Entscheidung der Allianz AG, sich in eine SE umzuwandeln: <www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,374221,00.html> (zuletzt eingesehen am 15.6.2006).

dieses Marktes ihren Sitz – und zwar auch über die nationalen Grenzen hinweg – zu verlegen³⁵.

Die Notwendigkeit, der SE die identitätswahrende Sitzverlegung zu ermöglichen, leuchtet somit unmittelbar ein. Es verbleiben aber ungeklärte Fragen.

Zunächst erscheint fragwürdig, ob es überhaupt noch einer Regelung der Sitzverlegung für die SE bedarf, wenn selbst Unternehmen, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats organisiert sind, seit der *Überseering*-Entscheidung³⁶ des EuGH in der EU frei umher ziehen dürfen³⁷. Oder anders gefragt: Hat der EuGH durch seine liberale Rechtsprechung aus den Jahren 2002 und 2003 die SE-VO aus dem Jahr 2001 obsolet gemacht?

Dem sind mehrere Gesichtspunkte entgegenzuhalten. Einerseits wurde schon oben betont, dass die EuGH-Rechtsprechung bis heute Lücken aufweist. Zu viele Randbereiche sind ungeklärt oder fraglich. Der EuGH hat bewusst nur über den Zuzug und nicht über den Wegzug von Gesellschaften entschieden³⁸ und zudem nur über die Verlegung der Hauptverwaltung, nicht aber des Satzungssitzes. Weiterhin kann als nicht geklärt gelten, ob die *Überseering*- bzw. *Inspire Art*-Grundsätze auch gelten sollen, wenn eine Gesellschaftsgründung in der Weise erfolgt, dass die Tätigkeit der Gesellschaft von vornherein ausschließlich in einem anderen als dem Gründungsstaat stattfindet (so genannte „ursprüngliche Schein-auslandsgesellschaft“³⁹). In diesem Zusammenhang kommt der Frage Bedeutung zu, ob Artt. 43, 48 EG die Verpflichtung zu entnehmen ist, die wirksame Gründung in einem anderen Mitgliedstaat selbst bei anfänglicher Haupttätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat zu achten⁴⁰, oder ob bei

³⁵ Die Staaten des EWR (derzeit Island, Liechtenstein und Norwegen) haben die SE in den Rechtsbestand des EWR übernommen, so dass die SE auch dort gilt. Wenn im Folgenden von „Mitgliedstaat“ oder „Gemeinschaft“ die Rede ist, schließt dies folglich auch immer die Staaten des EWR ein.

³⁶ EuGH v. 5.11.2002, Rs. C-208/00, *Überseering*, Slg. 2002, I-9919.

³⁷ Zu Befürchtungen, die SE werde auf Grund dieses Urteils in der Praxis insgesamt keine Rolle spielen, siehe *Casper/Schäfer*, Diskussionsbericht, ZHR 167 (2003), 257 (258); v. *Hase*, BuW 2003, 944 (949 f.); *Riegger*, ZGR 2004, 510 (529); *Mäsch/Fountoulakis*, SZW 2005, 49 (57). Vgl. zur Parallelproblematik bei der EPG die Stellungnahme der Arbeitsgruppe Europäisches Gesellschaftsrecht zum Bericht der HLG, S. 77 ff.

³⁸ Vgl. dazu oben S. 5.

³⁹ *Kindler*, NJW 2003, 1073 (1078).

⁴⁰ OLG Zweibrücken v. 26. 3. 2003, 3 W 21/03, ZIP 2003, 849; BayObLG v. 19. 12. 2002, 2 Z BR 7/02, BayObLGZ 2002, 413; OLG Frankfurt v. 23.5.2003, 23 U 35/02, OLGR Frankfurt 2003, 447; AG Duisburg v. 14.10.2003, 63 IN 48/03, NZG 2003, 1167 (1168) mit zweifelhaftem Verweis auf das *Inspire Art*-Urteil; *Eidenmüller*, ZIP 2002, 2233 (2244); *ders.*, JZ 2003, 526 (528); *ders.*, JZ 2004, 24 (25); *Halbhuber*, ZEuP 2003,

einer solchen Gründung der Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit gar nicht eröffnet ist⁴¹. Auch der BGH hat in seiner Umsetzung des *Überseering*-Urteils viele Fragen offen gelassen⁴². Ungeklärt ist zudem, welche genauen Auswirkungen die *Überseering*- und *Inspire Art*-Rechtsprechung auf das nationale Kollisionsrecht hat. Während verschiedene Autoren beide Urteile dahingehend bewerten, dass die Mitgliedstaaten als Konsequenz automatisch und in allen Fällen die Gründungstheorie anwenden sollten⁴³, wird in anderen Beurteilungen vertreten, die Rechtsprechung lasse für verschiedene Gestaltungen Raum⁴⁴ oder verlange sogar eine Kodifizierung des Sitzverlegungsproblems⁴⁵. In eine ganz andere Richtung gehen schließlich diejenigen Stellungnahmen, die der Meinung sind, es könne sogar an der deutschen Sitztheorie festgehalten werden, sofern diese nicht zur Aberkennung der Rechts- und Parteifähigkeit der ausländischen Gesellschaft führe. Diesem Erfordernis würde die kurz vor der *Überseering*-Entscheidung ergangene Entscheidung des II. BGH-Senats⁴⁶, wonach eine ausländische Kapitalgesellschaft wie eine deutsche Personengesellschaft (GbR bzw. OHG) zu behandeln sei, genügen⁴⁷.

418 (425); *Leible/Hoffmann*, ZIP 2003, 925 (929); *Lürken*, DStR 2003, 1764; *Weller*, IPRax 2003, 324 (327) unter Inbezugnahme des *Centros*-Urteils; *Baudenbacher/Buschle*, IPRax 2004, 26 (29); *Lutter/Bayer*, in: *Lutter/Hommelhoff*, GmbHG (16. Aufl. 2004), § 4a Rn. 14.

⁴¹ LG Frankenthal v. 6.12.2002, 1 HK.T 9/02, BB 2003, 542 (543); *Kindler*, NJW 2003, 1073 (1078); *W.-H. Roth*, IPRax 2003, 117 (126); *Forsthoff*, DB 2002, 2471 (2475). Vgl. auch *Behrens*, IPRax 1999, 323 (325, 331); *Mülbart/Schmolke*, ZVglRWiss 100 (2001), 233 (250 f.); *Zimmer*, ZHR 164 (2000), 23 (40f.). Zweifelnd *Binz/Mayer*, GmbHR 2003, 249 (256).

⁴² BGH v. 13.3.2003, VII ZR 370/98, BGHZ 154, 185; zu den offenen Fragen vgl. *Forsthoff*, DB 2003, 979 ff.; *Wassermeyer*, EuZW 2003, 257; *Weller*, IPRax 2003, 324 (327 f.).

⁴³ *Eidenmüller*, ZIP 2002, 2233 (2243, 2244); *Leible/Hoffmann*, RIW 2002, 925 (935 f.); *dies.*, ZIP 2003, 925 (929 f.); ähnlich *Meilicke*, GmbHR 2003, 793 (798 ff.); *Deininger*, IStR 2003, 214. A. A. *Kindler*, NJW 2003, 1073 (1079); *Bayer*, BB 2003, 2357 (2363 f.).

⁴⁴ Siehe insbesondere die Ausführungen von *Partsch*, Rechtsreferent am EuGH, und *Kindler* auf einem Symposium in Münster (17.12.2002), laut Tagungsbericht *Rehberg*, IPRax 2003, 175 (176 f.). Außerdem *Almeppen*, NJW 2004, 97; *ders./Wilhelm*, DB 2004, 1083.

⁴⁵ Für eine Neubelebung der Sitzverlegungsrichtlinie *Zimmer*, FAZ v. 3.4.2003, S. 14; für eine Änderung von § 1 UmwG *W.-H. Roth*, IPRax 2003, 117 (122). A.A. (Sitzverlegungsrichtlinie ist überflüssig) *Drygala*, ZEuP 2004, 337 (349 ff., 364 f.).

⁴⁶ BGH v. 1.7.2002, II ZR 380/00, BGHZ 151, 204.

⁴⁷ AG Hamburg v. 14.5.2003, 67g IN 358/02, Vierländer Bau Union Ltd, NJW 2003, 2835; *Ebert*, BB 2003, 1854 (1857 f.) = *Company Lawyer* 2004, 108 (111); *Großerichter*, DStR 2003, 159 (166); *Kindler*, NJW 2003, 1073 (1076 f.); *ders.*, BB 2003, 812; *Micheler*, ICLQ 52 (2003), 521 (5226 f.) offenbar auch *Neye*, EWIR 2002, 1003 (1004); *Wernicke*, EuZW 2002, 758 (760); *Knapp*, DNotZ 2003, 85 (88). In die

Diese Vielfalt der Interpretationen der jüngsten europäischen und nationalen Rechtsprechung zeigt ein Hauptproblem auf, das oftmals im Bereich von Richterrecht auftritt: Wird ein Rechtsgebiet durch eine Vielzahl von richterlichen Entscheidungen geprägt, ohne dass es zu einem Tätigwerden des Gesetzgebers kommt, kann Rechtsunsicherheit entstehen. Der Hintergrund dieses Phänomens liegt darin, dass das Tätigwerden des Richters immer nur in einer einzelfallbezogenen Reaktion auf tatsächlich auftretende Rechtsstreite bestehen kann. Der Weg einer „präventiven“ und abstrakten Kodifizierung bleibt ihm verschlossen⁴⁸. Richterrecht kann somit nur in den seltensten Fällen ein Rechtsgebiet erschöpfend erschließen, meistens bleiben jedoch Unsicherheitslücken. Eben dieses Problem weist der Bereich des Sitzverlegungsrechts zurzeit auf, so dass ein Tätigwerden des europäischen Gesetzgebers dringend geboten erscheint. Dass die SE als bisher europaweit einzige Kapitalgesellschaft klare Rechtsregeln hat, nach denen eine Sitzverlegung möglich ist, vermeidet die Schwierigkeiten einer durch Richterrecht geprägten Rechtslage und lässt sie gegenüber dem bisherigen Status quo attraktiver erscheinen.

Im Übrigen lässt die EuGH-Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit das Interesse an der Rechtsform SE auch in praktischer Hinsicht nicht entfallen. Dass es nationalem Recht unterliegenden Gesellschaften nun möglich ist, ihren Verwaltungssitz grenzüberschreitend zu verlegen, erhöht zwar die Attraktivität dieser Gesellschaftsformen, kann aber dennoch zu – unter Umständen lediglich psychologischen – Akzeptanzproblemen der ausländischen Gesellschaftsform im Zuzugsstaat führen⁴⁹, die eine Gesellschaft mit europäischer Bezeichnung nicht hat⁵⁰. Außerdem erhöhen sich die Informationskosten des Rechtsverkehrs im Zuzugsstaat infolge eines höheren Bedürfnisses nach Kenntnissen in verschiedenen ausländischen Rechtsordnungen⁵¹.

Wir können demnach festhalten, dass auch *Überseering* und *Inspire Art* die Debatte um die Sitzverlegung der SE nicht entbehrlich machen.

gleiche Richtung geht ein Brief des BMJ an die Landesjustizverwaltungen v. 18.11.2002, zitiert nach LG Frankenthal v. 6.12.2002, 1 HK.T 9/02, BB 2003, 542 (543). Das LG Frankenthal schloss sich dieser Auffassung an (kritisch *Leible/Hoffmann*, BB 2003, 543); dieser Beschluss wurde allerdings in der zweiten Instanz, OLG Zweibrücken v. 26.3.2003, 3 W 21/03, ZIP 2003, 849, aufgehoben.

⁴⁸ *Doerfert*, Europarecht (2001), S. 119.

⁴⁹ In diesem Sinne *Krause*, EuZW 2003, 747 (751); *Teichmann*, ECL 2004, 162 zu Plänen für eine EPG.

⁵⁰ *Aitken/Morgan*, EBLR 2004, 1343 (1348 f.).

⁵¹ Vgl. „Gründung von britischer Billig-GmbH birgt Risiken“, Handelsblatt v. 11.8.2004, S. 34. Dazu auch *W.-H. Roth*, *RebelsZ* 55 (1991), 623 (654 ff.), *ders.*, *IPRax* 2003, 117 (124 f.); *Forsthoff*, *DB* 2003, 979 (981). *Kirchner*, *FS Immenga* (2004), 607 (615, 621), verwendet den Begriff „Friktionskosten“.

Entscheidungsverzeichnis

Gericht	Datum	Aktenzeichen	Name	Amtl. Sammlung
AG Duisburg	14.10.2003	63 IN 48/03		
AG Hamburg	14.05.2003	67g IN 358/02	Vierländ.Bau-Union Ltd	
BayObLG	20.03.2002	2Z BR 99/01		Z 2002, 78
BayObLG	19.12.2002	2Z BR 7/02		Z 2002, 413
BayObLG	20.02.2003	1Z AR 160/02		ObLGR 2003, 144
BayObLG	11.02.2004	3Z BR 175/03		Z 2004, 24
BFH	29.01.2003	I R 6/99		E 201, 463
BGH	21.03.1986	V ZR 10/85		Z 97, 269
BGH	30.03.2000	VII ZR 370/98	Überseering I	
BGH	29.01.2001	II ZR 331/00	ARGE Weißes Ross	Z 146, 341
BGH	01.07.2002	II ZR 380/00		Z 151, 204
BGH	29.01.2003	VIII ZR 155/02		Z 153, 353
BGH	13.03.2003	VII ZR 370/98	Überseering II	Z 154, 185
BGH	02.06.2003	II ZR 134/02	„Luxemburg-Klausel“	
BGH	05.07.2004	II ZR 389/02		
BGH	13.10.2004	I ZR 245/01	GEDIOS Corporation	
BGH	14.03.2005	II ZR 5/03		
BGH	19.9.2005	II ZR 372/03		Z 164, 148
EuGH	27.09.1988	81/87	Daily Mail	1988, 5483
EuGH	09.03.1999	C-212/97	Centros	1999, I-1459
EuGH	05.11.2002	C-208/00	Überseering	2002, I-9919
EuGH	30.09.2003	C-167/01	Inspire Art	2003, I-10155
EuGH	11.03.2004	C-9/02	de Lasteyrie du Saillant	2004, I-2409
EuGH	13.12.2005	C-411/03	Sevic Systems AG	
Hess. LAG	12.01.2004	16 Sa 748/03 (nicht rkr.)		Juris-Nr. KARE600009898
KG	18.11.2003	1 W 444/02		
LG Frankenthal	06.12.2002	1 HK.T 9/02	Topas Germany Ltd.	
LG Hannover	02.07.2003	20 T 39/03		
LG Nürnberg- Fürth	06.11.2003	3 HK O 7267/ 02 (nicht rkr.)		
LG Stuttgart	10.08.2001	5 KfH O 76/01		
LG Trier	03.04.2003	7 HK.T 1/03		
OLG Brandenburg	30.11.2004	6 Wx 4/04		OLGR 2005, 188
OLG Düsseldorf	26.03.2001	3 Wx 88/01		
OLG Frankfurt aM	23.06.1999	22 U 219/97	Nixtecs	
OLG Frankfurt aM	28.05.2003	23 U 35/02		OLGR 2003, 447
OLG Hamm	18.08.1994	15 W 209/94		
OLG Hamm	01.02.2001	15 W 390/00		
OLG München	02.05.2006	31 Wx 9/06		
OLG Zweibrücken	26.03.2003	3 W 21/03	Topas Germany Ltd.	OLGR 2003, 247

NJW	ZIP	BB	DB	NZG
2003, 2835	2003, 1008	2003, 1457	2003, 1618	2003, 1167
RR 2002, 1453	2003, 398			2003, 732
			2003, 819	2003, 290
RR 2004, 836	2004, 806	2004, 570	2004, 699	
	2003, 1340	2003, 1210	2003, 1200	2003, 646
1986, 2194	1986, 643	1986, 2153	1986, 2019	
	2000, 967	2000, 1106	2000, 1114	2000, 926
2001, 1056	2001, 330	2001, 374	2001, 423	2001, 311
2002, 3539	2002, 1763	2002, 2031	2002, 2039	2002, 1009
2003, 1607	2003, 720	2003, 810	2003, 818	2003, 531
2003, 1461	2003, 718	2003, 915	2003, 986	2003, 431
2003, 2609	2003, 1417	2003, 1639	2003, 1726L	2003, 812
RR 2004, 1618	2004, 1549	2004, 1868	2004, 1984	2004, 1001
	2004, 2230	2004, 2595	2004, 2571	2005, 44
2005, 1648	2005, 806	2005, 1016	2005, 1047	2005, 508
2005, 3351	2005, 1869	2005, 2373	2005, 2345	2005, 974
1989, 2186			1989, 269	
1999, 2027	1999, 438	1999, 809	1999, 625	1999, 298
2002, 3614	2002, 2037	2002, 2402	2002, 2425	2002, 1164
2003, 3331	2003, 1885	2003, 2195	2003, 2219	2003, 1064
2004, 2439	2004, 662		2004, 686	
2006, 425	2005, 2311	2006, 11	2005, 2804	2006, 112
RR 2004, 331	2003, 2297	2003, 2644	2003, 2695	2004, 49
2003, 762		2003, 542		2003, 189
	2003, 1458		2003, 2765	2003, 1072
RR 2002, 463				2002, 240
				2003, 778
	2005, 489	2005, 849	2005, 604	
2001, 2184	2001, 790	2001, 901	2001, 1026	2001, 610
RR 2000, 1226	1999, 1710			1999, 1097
RR 1995, 469		1995, 446L	1995, 137	
	2001, 791	2001, 744	2001, 1084	2001, 613
2001, 2183	2006, 1049	2006, 1185	2006, 1148	
	2003, 849	2003, 864	2003, 1264	2003, 537

Sachverzeichnis

- „Allgemeines Programm“ 58
- Arbeitnehmerbeteiligung 150, *siehe auch*
 - Mitbestimmung
- Arbeitnehmermitbestimmung *siehe*
 - Mitbestimmung
- Arbeitnehmerschutz 136 f.
- Auflösungsverfahren 124
- Ausführungsgesetze zur SE-VO
 - Belgien 35, 138, 140, 165
 - Deutschland 16, 35 ff., 107 ff., 118 ff., 138, 143 f., 191, 194, 208 f., 220 ff.
 - Frankreich 35, 119, 125, 139
 - Großbritannien 35, 114, 125, 138, 142, 158, 164 f.
 - Niederlande 112, 125, 138, 140
 - Österreich 36, 118, 138 f., 165 f., 220
 - Schweden 117, 119, 140
 - Spanien 118, 125, 138
- Auslandsgesellschaft 10, 25
- Bankrechtskoordinierungsrichtlinie 31
- Barabfindungsangebot 118 f.
- Bescheinigung des Wegzugsstaates 143
- Binnenmarkt 3, 7, 11, 52 f.
- Centros*-Urteil 5, 61 ff., 80, 82, 83 f., 91, 95, 193
- Company Law Reform (UK) 22 f., 25
- Daily Mail*-Urteil 5, 24 f., 56, 63 ff., 71 ff.
 - Aufrechterhaltung 71 ff.
 - Begründung 71 f.
 - Kritik 72 f.
 - Übertragung auf die SE 64 ff.
- de Lasteyrie du Saillant* *siehe Lasteyrie-Urteil*
- Diskriminierungsverbot 101
- domicile 21 ff., 223
- dualistisches/monistisches System 155 ff.
- effet utile 17, 197
- Einspruchsrecht der öffentlichen Hand 137 ff.
 - öffentliches Interesse 139 ff.
 - Rechtsschutz 142
- Europäische Aktiengesellschaft
 - Einführung 6
 - Teil des Binnenmarktes 7 f.
- Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft (SME) 33, 104
- Europäische Genossenschaft (SCE) 33, 104 f., 232
- Europäische Privatgesellschaft 8, 10, 33
- Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) 30 f., 91, 104, 137 f., 139, 140 f., 142
- Europäischer Verein (AE) 33, 104
- Flucht aus der Mitbestimmung 150
- „Formalitäten“ im Zuzugsstaat 144 ff.
- Formwechselmodell 147
- Freier Personenverkehr 3
- Fusionsrichtlinie *siehe* Richtlinie
- Gemeinschaftsrecht
 - Anwendungsvorrang 16, 65
 - Auslegung durch den EuGH 75, 95
 - Hierarchie 60 f., 82
- gemeinschaftsrechtsergänzendes Recht 16, 49, 67 f.
- Generalklausel 17 f., 44, 50, 128, 167
- Gerichtsstand 122, 125, 183 ff.
 - allgemeiner Gerichtsstand 183 f.
 - Auswirkungen der Rechtsprechung des EuGH 184 f.
 - de lege ferenda 191 f.
 - Fiktion *siehe* Gerichtsstandsfiktion
 - Luxemburg-Klausel 185
 - SE-spezifisch 191 f.
- Gerichtsstandsfiktion 125, 127 f., 131, 186 ff.
 - Konflikt mit EuGVÜ/LugÜ/EuGVO 187 f., 189 f.

- materielle Bedeutung 188
- Überprüfung 191
- Wirkung 187 f.
- Zwangsvollstreckung 188 f.
- Gesamtverweisung 16 f.
- Gesellschafterschutz 84, 106 ff., 234
- Gewerblicher Rechtsschutz 18
- Gläubigerschutz 84, 87, 122 ff., 234
 - institutioneller/individueller 142 f.
- Gleichbehandlungsgebot (Art. 10 SE-VO) 44, 50 f., 101, 112 f., 128, 168, 175, 192
- Gründungstheorie 18 f., 21 ff., 28, 37 f., 84 f., 100 ff.
 - Großbritannien 21 ff.
 - Niederlande 84 f.
- Grundfreiheiten, Bindung des Gemeinschaftsgesetzgebers 51 ff.
- Handelsrecht 18
- Handelsregister 44
- Harmonisierung 1, 11 f., 61, 74, 83 f., 91 ff., 97
- Hauptversammlung 107 f., 109 ff.
- Hauptverwaltung 198 ff.
 - alleinige Verlegung 194 ff., 228 ff.
 - autonome Auslegung 200 ff.
 - Beweislast 207 ff.
 - deutsches Prozessrecht 207 ff.
 - europäisches Prozessrecht 212 ff.
 - Gemeinschaftsrecht 202
 - Holding 206
 - lex fori 199 f.
 - Literatur 202 f.
 - moderne Kommunikationsmittel 205
 - Recht des Sitzstaates 200
 - Rechtsprechung 201 f.
 - Sandrock'sche Formel 204
 - Sinn und Zweck 204
- High Level Group 48, 91, 233 f.
- IBFD-Studie 169
- Identitätswahrung 147 f., 153, 172 f.
- Informationskosten 10
- Innerstaatliche Sitzverlegung 216 ff.
- Insolvenzrecht 18, 124, 140 f., 215
- Inspire Art*-Urteil 5, 8 ff., 28, 57 ff., 60, 63 f., 67, 71, 75, 82 ff., 95, 98 ff., 169, 233
 - Parallele zur SE 85 f.
- internationales Gesellschaftsrecht 15, 18
- Internationales Privatrecht 15
 - und Gemeinschaftsrecht 15
- Kapitalmarktrecht 18
- Kapitalrichtlinie *siehe* Richtlinie
- Komplementärrecht *siehe* Subsidiärrecht
- Konzernrecht 18
- KPMG-Bericht 4, 202, 203, 216
- Lasteyrie*-Urteil 68 ff., 75, 170 f., 180 ff.
 - Anwendbarkeit auf juristische Personen 68 f.
- Liquidation 39, 41, 48, 96, 124, 211, 221, 224, 228
- Luxemburg-Klausel 185
- memorandum of association 21
- Minderheitenschutz 106 ff., 234
- Mindestkapital 28, 57, 63, 84 f., 130
- Mitbestimmung 149 ff.
 - Änderung der Beteiligungsrechte 154 ff.
 - Anhörung und Unterrichtung 150
 - Auffangregelung 150 f.
 - Flucht aus der 150
 - Kontinuität 153 ff.
 - Missbrauchsverbot 164 f.
 - Neuverhandlungen 159, 160 ff.
 - Spanische Klausel 158 ff.
 - Strukturänderungen 152 ff.
 - Verschmelzungsrichtlinie 152
 - Vorher-Nachher-Prinzip 153 f., 161, 232
- Mobilität *siehe auch* Sitzverlegung
 - Gründe 1 f.
- monistisches System 157 f.
- monistisches/dualistisches System 155 ff.
- Negativerklärung nach § 14 SE-AG 121
- Nichtigkeitsklage (Art. 230 EG) 53 f., 76
- Niederlassungsfreiheit 3, 5, 8 f., 10, 27 f., 47 ff., 58 ff., 76 ff., 83, 97, 139 ff., 164, 169, 174, 178, 181 f., 201, 231
 - Anwendungsbereich 49 ff.
 - Ausgestaltung durch Sekundärrecht 59 ff.
 - Bereichsausnahme 55
 - primäre 3
 - sekundäre 3, 61 f.
- öffentliche Sicherheit 140
- öffentliches Interesse 139 ff.
- Prüfungsrecht des Zuzugsstaates 144 ff.
- Publizität 142 ff.
- Publizitätsrichtlinie *siehe* Richtlinie

- race to the bottom 92
- Rechtsangleichung/-vereinheitlichung
 - 90 ff. *siehe auch* Harmonisierung
- registered office 21 ff., 29, 217 ff.
- Registersperre 121 f.
- residence 21
- Richterrecht 10, 234
- Richtlinie
 - 1. RL (Publizität) 89, 114, 133, 147, 225
 - 2. RL (Kapital) 130
 - 3. RL (Fusion) 104 f., 116, 123, 127
 - 6. RL (Spaltung) 105, 116 f., 123, 127
 - 10. RL (Internat. Fusion) 105, 116, 123, 152
 - 11. RL (Zweigniederlassungen) 25, 60
 - 14. RL *siehe* Sitzverlegungsrichtlinie
 - Fusionsbesteuerungsrichtlinie 167, 173
 - analoge Anwendung 174 ff.
 - Niederlassungsfreiheit 180 ff.
 - Reform 178 ff.
 - Unbedingtheit 175 f.
 - Investmentrichtlinie 32
 - Konzernbesteuerungsrichtlinie (Mutter-Tochter-Richtlinie) 179
 - unmittelbare Anwendung von Richtlinien 175 f.
- Sachnormverweisung 16 f., 21
- Satzungsänderung 109 ff.
- Satzungssitzanknüpfung 41, 43, 188, 231
- Schutz von
 - Arbeitnehmern 136 ff.
 - Informationsrecht 136 f.
 - Vermögensschutz 137
 - Gesellschaftern 84, 106 ff.
 - Informationsrecht 114 ff.
 - Mitwirkungsrecht 107 ff.
 - Vermögensschutz 117 ff.
 - Gläubigern 122 ff.
 - Differenzierung 134 ff.
 - Informationsrecht 123
 - Vermögensschutz 123 ff.
- SE-Richtlinie 149 ff.
 - unterschiedliche Umsetzung 157 f., 163 f.
- SE-Statut
 - Anwendungsbereich 17, 19
 - Kollisionsrecht 19 ff., 226, 231
 - Lücken 13
- Sevic*-Urteil 61, 70 f., 75
- Sicherheitsleistung 126
- Simpler Legislation in the Internal Market (SLIM) 31
- Sitz der SE 29
- Sitzkoppelung 20, 29, 30 ff., 41 f., 43, 45, 47 ff., 63 ff., 107, 172, 195 f., 231 ff.
 - Auseinanderfallen von Sitz und Hauptverwaltung 194 ff.
 - Ausstrahlung 232 ff.
 - *Daily Mail* 63 ff.
 - de facto Angreifbarkeit 76
 - EWIV 30 f.
 - Finanzdienstleister 31 f.
 - gleicher Ort 34 ff.
 - Inspire Art 85 f.
 - Primärrechtskonformität 47 ff.
 - Rechtfertigung 77 ff.
 - Rechtssicherheit 82 f.
 - Sinn 78 ff.
 - Überprüfung (Art. 69 SE-VO) 100, 228 f., 232
 - Ziel/Zweck 78 ff.
- Sitzstaat, Primat des 43 ff., 67, 83, 196
- Sitztheorie 3, 9, 18 f., 26 ff., 38 f., 42, 79 f.
 - Kollisionsrecht 26
 - materiellrechtliche Folgen 26 ff., 195
 - Mobilitätsfeindlichkeit 42
 - Österreich 80
 - Umqualifizierungslösung 27 f., 42, 57, 195
- Sitzverlegung
 - Arbeitnehmerbeteiligung *siehe* Mitbestimmung
 - Arten 105
 - außerhalb von Artt. 7, 8 SE-VO 193 ff.
 - Gründe 1 f.
 - Identitätswahrung 147 f., 153, 172 f.
 - in einen Drittstaat 105, 223 ff., 232
 - in einen anderen Mitgliedstaat 105 ff.
 - innerhalb eines Mitgliedstaates 105, 216 ff.
 - innerstaatliche 216 ff.
 - mit Statutenwechsel 217 ff.
 - ohne Statutenwechsel 219 ff.
 - Steuerrecht 166 ff.
 - Verfahren 103 ff.
 - Vermögensverschiebung 126, 129 f.
 - Wirkung 147 f.

- Wirkung gegenüber Dritten 148
- Sitzverlegungsrichtlinie, Vorentwurf 4, 32 f., 60, 105, 114 f., 116, 123, 127, 137, 202, 232 f.
 - online-Konsultation 4 f.
- Spaltungsrichtlinie *siehe* Richtlinie
- Spanische Klausel 158 ff.
- Spruchverfahren 121
- Standortwettbewerb 93 f.
- Statistisches Rechtsdenken 90
- Statutenwechsel 11 f., 19 f., 39 f., 43, 58, 99 f., 216 f., 219 f., 226, 231
- Steuerrecht 18, 24 f., 166 ff.
 - Anwendbarkeit nationalen Steuerrechts 168
 - Betriebsstättenfordernis 174, 181 f.
 - Deutschland 172 ff., 177 f.
 - Frankreich 69, 170 f.
 - Großbritannien 24 f.
 - Niederlassungsfreiheit 180 ff.
 - Österreich 171
- strafbewehrte Versicherung 131 f.
- strukturelle Maßnahme 153, 164
- Subsidiärrecht 16, 44, 115, 147
- Transparenz 142 ff.
- Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen 4
- Überseering*-Urteil 4 f., 8 ff., 27, 56 ff., 63 ff., 71 ff., 83 ff., 95 f., 169, 185, 195, 201, 233
 - Auslegung 9
 - Umsetzung durch den BGH 9, 28 f., 80
 - Verhältnis zu *Daily Mail* 63 ff., 71 ff.
- ursprüngliche Scheinauslandsgesellschaft 8, 95 f.
- Verfahren der Sitzverlegung 11, 48, 103 ff.
- Verlegungsbericht 114, 116 ff., 123 136 f., 159
- Verlegungsplan 114 ff., 123, 136 f., 159
- Verschmelzung, grenzüberschreitende 70 f.
- Verschmelzungsplan 104 f., 115 f.
- Verschmelzungsrichtlinie *siehe* Richtlinie
- Vertragsverletzungsverfahren 212 ff.
- Vorher-Nachher-Prinzip 153 f., 161, 232
- Vorlageverfahren (Art. 234 EG) 75, 76, 192, 215
- Wegzugsbesteuerung 167, 169 ff.
 - Deutschland 172 ff., 177 f.
 - Frankreich 170 f.
 - Österreich 171
 - Reform 170 ff., 178 ff.
- Wegzugshindernis 2 f., 5, 29, 66
 - Differenzierung Wegzug/Zuzug 5 f., 8, 28 f., 63 ff., 169, 231
- Wettbewerb der Rechtsordnungen 12, 90 ff.
 - Entwicklung zur reinen Rechtswahl 95
- Wettbewerbsrecht 18, 140
- Zugugshindernis 2 f., 5
 - Differenzierung Wegzug/Zuzug 5 f., 8, 28 f., 63 ff., 169, 231
- zwingende Gründe 77 ff.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ady, Johannes*: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Athanassopoulou, Victoria*: Schiffsunternehmen und Schiffsüberlassungsverträge. 2005. *Band 151*.
- Bälz, Moritz*: Die Spaltung im japanischen Gesellschaftsrecht. 2005. *Band 158*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Bartnik, Marcel*: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128*.
- Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang*: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- / Scherpe, Jens M.* (Hrsg.): Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht. 2004. *Band 134*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H.*
- Beulker, Jette*: Die Eingriffsnormenproblematik in internationalen Schiedsverfahren. 2005. *Band 153*.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Büttner, Benjamin*: Umfang und Grenzen der Dritthaftung von Experten. 2006. *Band 169*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Dawe, Christian*: Der Sonderkonkurs des deutschen Internationalen Insolvenzrechts. 2005. *Band 159*.
- Dernauer, Marc*: Verbraucherschutz und Vertragsfreiheit im japanischen Recht. 2006. *Band 164*.
- Dilger, Jörg*: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116*.

- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dohrn, Heike*: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
– (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
–, *Ulrich Drobnig und Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisele, Ursula S.*: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Ernst, Ulrich*: Mobiliarsicherheiten in Deutschland und Polen. 2005. *Band 148*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fensch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Förster, Christian*: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101*.
- Forkert, Meinhard*: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118*.
- Freitag, Robert*: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fricke, Verena*: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110*.
- Frösche, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Ganssaugue, Niklas*: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126*.
- Godl, Gabriele*: Notarhaftung im Vergleich. *Band 85*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Graf, Ulrike*: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzscheidungen. 2003. *Band 113*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Grolimund, Pascal*: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80*.

- Hahn, H. u.a.:* Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10.*
- Handorn, Boris:* Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. *Band 141.*
- Hartenstein, Olaf:* Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81.*
- Hein, Jan von:* Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69.*
- Heiss, Helmut* (Hrsg.): Zivilrechtsreform im Baltikum. 2006. *Band 161.*
- Hellmich, Stefanie:* Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84.*
- Hellwege, Phillip:* Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130.*
- Hinden, Michael von:* Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74.*
- Hippel, Thomas von:* Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78.*
- Hoffmann, Nadja:* Die Koordination des Vertrags- und Deliktsrechts in Europa. 2006. *Band 168.*
- Hutner, Armin:* Das internationale Privat- und Verfahrensrecht der Wirtschaftsmediation. 2005. *Band 156.*
- Hye-Knudsen, Rebekka:* Marken-, Patent- und Urheberrechtsverletzungen im europäischen Internationalen Zivilprozessrecht. 2005. *Band 149.*
- Janssen, Helmut:* Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79.*
- Jeremias, Christoph:* Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. *Band 150.*
- Jung, Holger:* Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77.*
- Junge, Ulf:* Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100.*
- Kadner, Daniel:* Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76.*
- Kannengießer, Matthias N.:* Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63.*
- Kapnopoulou, Elissavet N.:* Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53.*
- Karl, Anna-Maria:* Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33.*
- Karl, Matthias:* siehe *Veelken, Winfried.*
- Kern, Christoph:* Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135.*
- Kircher, Wolfgang:* Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65.*
- Klauer, Stefan:* Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99.*
- Kleinschmidt, Jens:* Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117.*
- Kliesow, Olaf:* Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87.*
- Köhler, Martin:* Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111.*
- Koerner, Dörthe:* Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44.*
- Kopp, Beate:* Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55.*
- Kronke, Herbert:* Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1.*

- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Leicht, Steffen*: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82*.
- Linhart, Karin*: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. *Band 147*.
- Linker, Anja Celina*: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75*.
- Lohmann, Arnd*: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2005. *Band 119*.
- Lorenz, Verena*: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140*.
- Lüke, Stephan*: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105*.
- Magnus, Dorothea*: Medizinische Forschung an Kindern. 2006. *Band 170*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Melin, Patrick*: Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mistelis, Loukas A.*: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Müller, Achim*: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125*.
- Müller, Carsten*: International zwingende Normen des deutschen Arbeitsrechts. 2005. *Band 157*.
- Nemec, Jirí*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Neumann, Nils*: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142*.
- Neunhoffer, Friederike*: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. *Band 146*.
- Niklas, Isabella Maria*: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kind-schaftsverfahren. 2003. *Band 106*.
- Nojack, Jana*: Exklusivnormen im IPR. 2005. *Band 152*.
- Pattloch, Thomas*: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103*.
- Peinze, Alexander*: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivil-sachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissen-schaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Pißler, Knut B.*: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Reiter, Christian*: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89*.
- Richter, Stefan*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Ringe, Georg*: Die Sitzverlegung der Europäischen Aktiengesellschaft. 2006. *Band 171*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.

- Rothoef, Daniel D.*: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122.*
- Rühl, Giesela*: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123.*
- Rusch, Konrad*: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. *Band 109.*
- Sachse, Kathrin*: Der Verbrauchervertrag im Internationalen Privat- und Prozeßrecht. 2006. *Band 166.*
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22.*
- Sandrock, Andrea*: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104.*
- Schacherreiter, Judith*: Das Franchise-Paradox. 2006. *Band 167.*
- Schärfl, Christoph*: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145.*
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62.*
- Scherpe, Jens M.*: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96.*
- : siehe *Basedow, J.*
- Schilf, Sven*: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138.*
- Schimansky, Annika*: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112.*
- Schindler, Thomas*: Rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit und Drohung. 2005. *Band 139.*
- Schlichte, Johannes*: Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. *Band 144.*
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31.*
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47.*
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20.*
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61.*
- Schütze, Elisabeth*: Zession und Einheitsrecht. 2005. *Band 155.*
- Schurr, Francesco A.*: Geschäftsimmanente Abstandnahme. 2006. *Band 165.*
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42.*
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52.*
- Sieghörtner, Robert*: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93.*
- Siehr, Kurt*: siehe *Dopffel, Peter.*
- Söhngen, Martin*: Das internationale Privatrecht von Peru. 2006. *Band 162.*
- Solomon, Dennis*: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124.*
- Sonnentag, Michael*: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86.*
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64.*
- Stegmann, Oliver*: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120.*
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19.*
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38.*
- Tassikas, Apostolos*: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114.*

- Thiele, Christian:* Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115.*
- Thoms, Cordula:* Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51.*
- Tiedemann, Andrea:* Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34.*
- Tiedemann, Stefan:* Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45.*
- Trulsen, Marion:* Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129.*
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter:* Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30.*
- Verse, Dirk A.:* Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72.*
- Waehler, Jan P. (Hrsg.):* Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12.*
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4.*
 - Band 2. 1983. *Band 9.*
 - Band 3. 1990. *Band 25.*
 - Band 4. 1990. *Band 26.*
 - Band 5. 1991. *Band 28.*
- Wang, Xiaoye:* Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35.*
- Wazlawik, Thomas:* Die Konzernhaftung der deutschen Muttergesellschaft für die Schulden ihrer US-amerikanischen Tochtergesellschaft. 2004. *Band 131.*
- Weishaupt, Axel:* Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3.*
- Weller, Matthias:* Ordre-public-Kontrolle internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im autonomen Zuständigkeitsrecht. 2005. *Band 143.*
- Wesch, Susanne:* Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39.*
- Weyde, Daniel:* Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58.*
- Wiese, Volker:* Der Einfluß des Europäischen Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter. 2006. *Band 160.*
- Willemer, Charlotte:* Vis attractiva concursus und die Europäische Insolvenzverordnung. 2006. *Band 163.*
- Witzleb, Normann:* Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94.*
- Wu, Jiin Yu:* Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71.*
- Wurmnest, Wolfgang:* Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102.*
- : siehe *Basedow, J.*
- Zeeck, Sebastian:* Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108.*
- Ziegert, K.A.:* siehe *Plett, K.*
- Zobel, Petra:* Schiedsgerichtsbarkeit und Gemeinschaftsrecht. 2005. *Band 154.*